

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
09.06.2009

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 19:05 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Gemkow

Frau Kammeier

Herr Langeworth

Herr Weber

(ab 18.15 Uhr)

Herr Dr. Zillies

(bis 18.35 Uhr)

SPD

Herr Donath

(bis 18.30 Uhr)

Herr Garbrecht

(bis 18.30 Uhr)

Frau Schneider

Frau Schrader

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober

Frau Rathsmann-Kronshage

Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany

Herr Schuster

Die Linke

Frau Niemeyer

(ab 17.05 Uhr)

Beratende Mitglieder

Frau Huber

Herr Winkelmann

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler

Dezernat 5

Beigeordnete Frau Ritschel

Dezernat 3

Frau Schulz

Amt für soziale Leistungen

Frau Stücken-Virnau

-Sozialamt-

Frau Streubühr

REGIE mbH

Amt für soziale Leistungen

Frau Bondzio

-Sozialamt-

Amt für soziale Leistungen

Herr Hagedorn

-Sozialamt-

Bauamt

Gäste
Herr Adams
Schriftführung
Frau Krumme

AGW

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage schlägt vor, die Tagesordnung um die Verpflichtung von Herrn Schuster zu erweitern. Die Anwesenden stimmen der Änderung zu. Weitere Änderungen gibt es nicht.

Zu Punkt 1

Umsetzung im SGA -Verpflichtung von Herrn Rolf-Rüdiger Schuster als stellvertretendes Mitglied der BfB-Fraktion-

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt Herrn Schuster als neues stellvertretendes Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss und verpflichtet ihn nach folgender Formel mit Handschlag:

„ Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 52. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 28.04.2009

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 52. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 28.04.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (53. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses am 14.05.2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (53. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses am 14.05.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 4

Mitteilungen

Zu Punkt 4.1

Wohnungsbarometer 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Hagedorn erläutert die wesentlichen Punkte des neunten Wohnungsmarktbarometers. Das Investitionsklima werde für Energiesparmaßnahmen eher schlecht eingeschätzt. Es seien erhöhte Nachfragen bei preiswerten großen und kleinen Wohnungen sowie bei energetisch saniertem und seniorengerechtem Wohnraum zu verzeichnen. Trotz der sich entwickelnden Segmentierung des Wohnungsmarktes sei die Wohnungsmarktsituation ausgeglichen.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für das überschaubar gestaltete Wohnungsmarktbarometer.

-:-

Zu Punkt 4.2

Schuldnerberatung

Verteilung der Mittel aus dem Fond des Sparkassen- und Giroverbandes für das Jahr 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

-:-

Zu Punkt 4.3

Jahresbericht 2008 der Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung und Unterbringung für Wohnungslose

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 4.4 **Pflegestützpunkte-Sachstand-**
Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass die Zuständigkeit für die Ausgestaltung der Pflegestützpunkte bei den Pflegekassen liege. Unter Federführung der AOK Westfalen-Lippe habe am 07.05.2009 ein Erörterungstermin in Bielefeld stattgefunden. Über die inhaltliche und die örtliche Ausgestaltung konnte kein Konsens erzielt werden. Auch in anderen Kommunen sei bisher kein Pflegestützpunktvertrag abgeschlossen worden. Aus den Beiträgen der Ausschussmitglieder ist ein hoher Diskussionsbedarf erkennbar. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage schlägt vor, dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes umfänglich zu beraten. Frau Gemkow schlägt vor, dass die Vorstellungen der Stadt zur Ausgestaltung der Pflegestützpunkte im Rahmen des Tagesordnungspunktes dargelegt werden. Die SGA-Mitglieder stimmen den Vorschlägen zu.

Zu Punkt 5 **Anfragen**
Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 6 **Anträge**
Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 7 **Theoriereduzierte Ausbildung**
Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 6952/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf und äußert sich sehr erfreut über das erzielte Ergebnis.

Bei den Tochtergesellschaften der Stadt Bielefeld konnten keine theorie-reduzierten Ausbildungsplätze geschaffen werden. Herr Winkelmann bittet um Informationen über die Hintergründe. Beigeordnete Frau Ritschel schlägt vor, nach ein bis zwei Jahren einen Erfahrungsbericht des Umweltbetriebes an die Tochtergesellschaften weiterzugeben. Nach Hinweis

von Frau Gemkow schlägt Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage vor, zu prüfen, inwieweit Landesförderprogramme existieren bzw. wie sie in Anspruch genommen werden könnten.

-.-.-

Zu Punkt 8

Befreiung von der Benutzungsgebühr der Stadtbibliothek für Inhaber des Bielefeld-Passes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6893/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf das als Tischvorlage verteilte Merkblatt zum Bielefeld-Pass (**Anlage 1**). Frau Niemeyer erläutert die Antragsgründe.

Für die SPD-Fraktion schlägt Herr Garbrecht vor, dass nach der Kommunalwahl eine Gesamtbetrachtung dieses Themenfeldes vorgenommen werden sollte. Dabei könnten Schwerpunkte gesetzt und eine sinnvolle Bündelung der bereits bestehenden Vergünstigungen vorgenommen werden. Die Zustimmung zu diesem Einzelantrag werde nicht erteilt. Frau Dr. Ober (Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Dr. Zillies (CDU) schließen sich für ihre Fraktionen dieser Auffassung an.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage fasst abschließend zusammen, dass der Ausschuss die Problematik über die Auskömmlichkeit der Regelsätze zur Kenntnis genommen habe und fordert die Mitglieder auf, sich über Förderangebote Gedanken zu machen, um sich nach der Kommunalwahl intensiv mit dem Thema zu beschäftigen. Nach nunmehr 5 Jahren Erfahrungen mit den Änderungen der Regelungen für Inhaber des Bielefeld-Passes sei nunmehr eine differenzierte Diskussion in den Fachausschüssen angezeigt. Im Anschluss erläutert Beigeordneter Kähler die weiteren Verfahrensschritte.

-.-.-

Zu Punkt 9

Beratung, Unterstützung und Aktivierung von Leistungsberechtigten nach dem SGB XII im Bereich "Arbeit und Beschäftigung", Bericht über den Leistungszeitraum 2005 - 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6694/2004-2009

Frau Streubühr informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Ziel einer Förderung nach SGB XII sei die Befähigung, unabhängig von Leistungen zu leben, die Motivation zur Regelung des Alltags, die Bereitschaft für eine Maßnahme mit ihren Anforderungen und die Überwindung der eigenen Hemmnisse zu erlangen. Die nur für 2009 erreichte Aufstockung des Maßnahmepools um zehn Plätze werde den zukünftigen Bedarf nicht decken. Mangels ausreichender finanzieller Mittel sei eher ein Rückgang der Plätze zu befürchten. Mangelnde Bedarfsdeckung im Bereich Arbeit und Beschäftigung hätte auch Auswirkungen auf andere Bereiche, wie z. B. Zunahme der Krisen im Sinne des Psych-KG. Darüber hinaus erläutert Frau Stücken-Virnau die Aufgaben der REGE mbH und deren Erfahrungen mit der Aktivierung der Zielgruppe. Bei allen Maß-

nahmeplanungen seien immer die individuellen Bedürfnisse der Leistungsberechtigten zu berücksichtigen und eine engmaschige Betreuung erforderlich. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigen eine hohe Motivation. Abbrüche seien selten und dann meistens auf eine plötzliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes zurückzuführen. Wichtig für die Dauerhaftigkeit des Erfolges sei es, am Ende einer Maßnahme eine schnelle Anschlussperspektive für die einzelne Person zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen. Frau Stücken-Virnau weist auf den verstärkten Wegfall von Zielgruppenförderungen des Landes, des Bundes aber auch der EU hin, was die zur Verfügung stehenden Aktivierungsmittel deutlich schmälert. Hier bestand in der Vergangenheit immer die Möglichkeit, Fördermittel für die Zielgruppe zu akquirieren. Die REGE mbH habe die Zielgruppe bei allen Fördermittelantragstellungen im Blick, könne aber nicht voraussagen, inwieweit künftig Fördermittel für nicht Erwerbsfähige eingeworben werden könnten. Auf das Bielefelder Modell sind mittlerweile andere Kommunen (Lippe, Paderborn, Oberhausen u. a.) aufmerksam geworden. Im Kreis Lippe habe jetzt das Netzwerk Lippe die Aktivierung der Zielgruppe übernommen, in Oberhausen ebenfalls die städtische Tochtergesellschaft. Es gebe verstärkt Einladungen, um das Modell auf Fachtagungen vorzustellen. Frau Bondzio ergänzt, dass die Stadt Bielefeld die einzige Kommune sei, die Teilhabeplätze im Rahmen des persönlichen Budgets ermögliche. Damit würde den Betroffenen die Möglichkeit eröffnet, eigenverantwortlich ihre Ziele umzusetzen.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage hebt die in Bielefeld bestehende Vernetzung der Akteure als Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung hervor. Dabei seien auch die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen zu berücksichtigen. Frau Kammeier und Herr Dr. Zillies regen an, die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Bielefeld und die erreichten Grenzen der Unterstützung zu ermitteln, um die erfolgreiche Arbeit fortführen zu können. Herr Garbrecht und Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage geben zu Bedenken, dass Sozialpolitik nicht immer auch finanziell messbar sei. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage sagt im Rahmen der sozialpolitischen Kompetenz die fachliche Unterstützung des SGA zu.

-.-.-

Zu Punkt 10

Unterkunftskosten im Rahmen von SGB II

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6947/2004-2009

Beigeordneter Herr Kähler weist ergänzend darauf hin, dass die Verwaltung die Prüfung bzgl. der Umsetzung der Empfehlungen des Deutschen Vereins bereits abgeschlossen habe.

Frau Niemeyer zweifelt die Angemessenheit des Mietpreis von 4,64 € an und fordert Informationen über die Anzahl der Betroffenen, die den Klima-Bonus in Anspruch nehmen könnten. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die bereits umfänglich geführten Diskussionen. Konkretes Zahlenmaterial könnte nur durch händische Auszählungen ermittelt werden. Das würde eine höhere Belastung der Mitarbeiter bei Arbeitsplus bedeuten. Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass derzeit etwa 8000 Wohnungen energetisch saniert seien. In wieweit diese Woh-

nungen für SGB-II-Leistungsempfängerinnen und -empfänger in Frage kämen, sei noch nicht absehbar. Herr Garbrecht weist darauf hin, dass die Bielefelder Regelungen deutschlandweit gelobt würden. Er verweist im Übrigen auf Datenmaterial aus einer händischen Erhebung der Arbeitsplus in Bielefeld GmbH anhand von 800 stichprobenartig ausgewählten Leistungsfällen und regt an, die Auswertungsergebnisse den Fraktionen im Nachgang zur Verfügung zu stellen. Herr Weber sieht die Vorlage als eine fach- und sachgerechte Auskunft der Verwaltung. Beigeordneter Herr Kähler sagt eine Zurverfügungstellung der händische Auszählung des Datenbestandes zu.

-.-.-

Zu Punkt 11

Aufstockende Förderung für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach § 16 e (neu) SGB II:
Erweiterung des kommunalen Angebotes für schwervermittelbare SGB II -Leistungsempfänger

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7116/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die als Tischvorlage verteilte Beschlussvorlage der Verwaltung. Beigeordneter Herr Kähler erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Es gibt keine Nachfragen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen /

Die Verwaltung wird beauftragt für die Integration schwervermittelbarer Langzeitarbeitsloser nach § 16 e SGB II (neu) weitere 50 Stellen im Bereich des sozialen Arbeitsmarktes zu akquirieren und mit einem aufstockenden Zuschuss bis 25 % der Personalkosten zu fördern.

Der finanzielle Aufwand für die arbeitsmarktpolitische Maßnahme beträgt jährlich ca. 240.000 € Wegen des späteren Maßnahmebeginns (ab 01.07.2009) für das Jahr 2009 noch ca. 120.000 €

Die Finanzierung des zusätzlichen Finanzaufwands erfolgt im Rahmen der Gesamtmaßnahme „JobPerspektive“ über Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft durch Wegfall/Reduzierung des Leistungsbezuges nach SGB II.

Der Rat ist mit der Abwicklung der Maßnahme unter der Produktgruppe 11 05 01 (Grundsicherung für Arbeit) bei Einhaltung der finanziellen Rahmenbedingungen einverstanden und bereit, zu gegebener Zeit die zusätzlich erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Projekt "Unterkünfte - besser (ist) wohnen" - Fach- und Finanzcontrolling 2004 - 2008-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6883/2004-2009

Frau Schulz erläutert die wesentlichen Punkte der Informationsvorlage. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage weist daraufhin, dass der bisherige Personaleinsatz weiterhin erforderlich sei, um die erfolgreiche Arbeit des Projektes im Rahmen der Regelversorgung fortsetzen zu können. Sie bedankt sich für die erfolgreiche Projektarbeit und den Einsatz der Mitarbeiter. Herr Weber schlägt vor, die erfolgreiche Projektarbeit zur überregionalen Imagewerbung für die Stadt Bielefeld einzusetzen.

-.-.-

Zu Punkt 13

Verteilung der Projektmittel für die offene Seniorenarbeit im Jahr 2009-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6882/2004-2009

Frau Schulz teilt mit, dass der Seniorenrat die Vorlage einstimmig beschlossen habe. Fragen von Herrn Adams und Frau Gemkow werden von Beigeordneten Herrn Kähler und Frau Schulz beantwortet. Nach Auffassung von Herrn Weber und Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage mache die Antragsliste deutlich, dass die vom SGA bewilligten Projektmittel für den bestehenden Förderbedarf nicht ausreichen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die im Handlungsfeld Seniorinnen- und Seniorenförderung zur Verfügung stehenden Projektmittel werden in 2009 wie folgt eingesetzt:

Projekt	Träger	Förderung 2009
„Nachbarschaft Gemeinschaft“	Alt und Jung Nord-Ost e.V.	2.000 €
„Singen kann jeder“	Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V.	3.000 €
„Stressbewältigung durch Achtsamkeit“	BellZett e.V.	1.500 €
„Blaue Tage und graue Tage – Leben mit Demenz“	Das Tageshaus – Pro Fortbildung e.V.	3.000 €
„Begegnungsräume“	v. Bodelschwingsche Anstalten Bethel, - Pflegezentrum am Lohmannshof	3.500 €

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Die Bevölkerungsbefragung zu Gesundheit und gesundheitlicher Versorgung in Bielefeld 2008 – erste Ergebnisse.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6941/2004-2009

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage und zeigt sich erfreut über den 25%-igen Rücklauf der Fragebögen. Das Umfrageergebnis bilde die Grundlage für die Fortschreibung der Bielefelder Gesundheitsziele. Auf Nachfragen von Frau Cascante-Maristany und Frau Gemkow führt Beigeordnete Frau Ritschel aus, dass sich die Bielefelder Bürger offenbar von den Medizinern schlecht aufgeklärt fühlten. Auch die Ergebnisse über die Notfallversorgung seien ernüchternd. Bisher habe es keine Erkenntnisse gegeben, dass die Notfallversorgung qualitativ schlechter geworden sei. Diese Werte müssten nun analysiert und Konsequenzen erarbeitet werden.

Eine vom Ausschuss gewünschte regelmäßige Berichterstattung wird von Beigeordneter Frau Ritschel zugesagt.

-.-.-

Zu Punkt 15

1. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage "Stadthalle Bielefeld" vom 27.06.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6895/2004-2009/1

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die Beschlussvorlage. Frau Dr. Ober bittet um eine Berichterstattung über die Auswirkungen der Satzung nach einem Jahr. Beigeordneter Herr Kähler sagt einen Bericht zu.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat den nachfolgenden Beschluss zu fassen.

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlage „Stadthalle Bielefeld“ vom 27.06.2008 laut Anlage zur Vorlage.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.